„Der Courier“
Organ der deutschsprachigen Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Veröffentlicht von der
WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED.
325 GERRARD ST. E., TORONTO, ONT.
Gegründet 1905—1931, 26 Jahre alt.
Verleger: J. W. REIMANN, Managing Director.
Redaktion: 1835-1837, 26 Jahre alt.
Wohnung: 1835-1837, 26 Jahre alt.
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN
PRINTERS ASSN. LTD., a joint stock company, at its office
and place of business, 1835 Gerrard Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. REIMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Der Vorwurf des Bolschewismus

In der letzten Ausgabe des „Courier“ berichteten wir über eine Aeußerung des konföderativen Abgeordneten Armand LaBerge im Unterhaus zu Ottawa. Inzwischen ging aus der „Canadian“, der amtliche Bericht über die Debatten im canadischen Unterhaus, so, jedoch, was namentlich in der Frage sind, die antijohische und verlegende Bemerkung des Herrn LaBerge in vorzüglicher Uebersetzung wiedergegeben, wie folgt:

„Zum Schluß möchte ich sagen, daß unter Land durch die Vereinfachung ausländischer Elemente von der bolschewistischen Doktrin in nationaler Beziehung gefaselt worden ist. Wirklich das zum Wohle des Landes ans? Ich glaube nicht, und ich möchte zu meinen werten Freunden von beiden Seiten sagen: Wenn Sie in Ihrem weichen Land Canadianer von französischer Abstammung, von französischer Tradition, aber ganz klar angeordnet, einwohner von LaBerge hätten an Stelle des ausländischen Elements, das Sie heringebracht haben, glauben Sie, daß bolschewistische Ideen nach dem Muster jener eines Lenin in Kanada auch in Kanada möglich gewesen wären?“

Man muß diese für Hunderttausende von canadischen Würgern schwer fründende und tief beleidigende Aeußerung des konföderativen Abgeordneten LaBerge im Zusammenhang mit seiner ganzen Rede kurz betrachten. Als französisch-Canadianer warf er sich zum Verteidiger der Minderheitenrechte seiner französischen Mitbürger in Saskatchewan auf, trat dabei auch seinem eigenen konföderativen Parteifreund Premier Dr. Abernethy auf die Fährten an und appellierte zum Schluß freilich an das canadische Nationalgefühl der Franzosen und Engländer, die in nationaler Einigkeit zusammenstehen sollen. Die nichtfranzösischen Minderheiten in Canada, wie Deutsche, Ukrainer, Ungarn usw., scheinen nach keiner Auffassung eigentlich gar wenig Berücksichtigung hierzulande zu haben. Man hätte die „ausländischen Elemente“ überhaupt nicht heranziehen sollen, meinte Herr LaBerge, denn in seinen unruhigen Traumphantasien sind diese „foreign elements“ nichts anderes als verkappte oder offen herortretende Bolschewisten, die nach Lenin Vorbild glühende Propaganda gegen die Kapitalisten und für das „Zowjetparadies“ in Canada halten.

Der liberale Abgeordnete für Humboldt, Sask., Herr A. F. Toke, blieb im Parlament zu Ottawa die Antwort auf die ungeschmeichelnde Anwürfe des konföderativen LaBerge nicht schuldig, sondern rednete mit dem „Loren“ von Montagny grüßlich ab. Herr Toke betonte u. a., daß die Urheber der Kostentragebewegung in Westkanada nicht im „ausländischen Element“ zu finden seien, sondern zu den bevorzugten und begünstigten Nationalitäten gehören, zu jenen Nationalitäten, die nach Herrn LaBerges Auffassung allein ein geistes- und harmonisches Canada schaffen können. Der liberale Toke verlas darauf die Stelle aus der Rede des Herrn LaBerge und bemerkte u. a. dazu:

„Wir können in unserem großen Lande keinen Frieden, keine Harmonie und keinen Wohlstand haben, bis der Abgeordnete für Montagny (LaBerge) und andere, die wie er denken, endlich einmal einsehen, daß es in Canada aufrecht, laute und wahre Canadianer gibt, die nicht von Franzosen, Engländern, Schottländern oder Irländern abstammen.“

Wie diese Einigkeit alle Kräfte erzieht und durchdringt hat, werden wir bei der eigenartigen Geistesverfassung und dem unerbittlichen Fanatismus vieler unserer Mitbürger vorausichtlich sehr lange warten dürfen. Wahrscheinlich werden wir das nie erleben. Nur zu Wohlzeiten, oder wenn man sonst gelegentlich dringend unsere Hilfe braucht, werden wir als vollwertige Glieder des canadischen Volkes betrachtet und bezeichnet. Aber tief in Herzen, bei manchen auch nur im Unterbewußtsein, liegt eine unüberwindliche Abneigung gegen alle „Foreigners“. So, wie sie sind, gut genug dazu gewesen, ihre Landkinder Canadas unter furchtbaren Anstrengungen und unzulässigen Entbehrungen zu züchten und zu kultivieren. Sie durften sich mit den anderen, die oft nur den Namen abschreiben, in die canadische Aufbauarbeit teilen. Aber wenn die Arbeit getan ist, wenn diese alten Pioniere ihre Knochen gerührt, sich Ruhestätte gesucht und sich fast zu Tode gekämpft haben, dann kommt der konföderative Abgeordnete von Montagny und erklärt mit einfach haunensartiger Kühnheit vor dem canadischen Parlament in Ottawa: Ihr hättet diese „foreign elements“ nicht heranziehen sollen. Da haben wir nun wieder einen Schritt, oder etwas feiner ausgedrückt, den „Rausch des Vaterlandes“. Werden wir aus diesen Äußerungen auf die einzig richtige Lesart sehen? Oder werden wir hinter den großen Bolschewisten, die uns so herab auf den Boden drücken, daß uns der laute Viech fast der Atem ausbleibt, auch fernerhin verheeren? Kennen wir vor allem Selbstachtung? Kennen wir Selbsthilfe? Kennen wir endlich einmal, daß wir uns doch immer wieder bekämpfen, verachtet und beleidigt, wenn wir auch noch so viele Beweise für unsere Loyalität und Bureautreue ablegen? Gewiß, wir werden auch in Zukunft unerschütterlich an unseren Bürgertugenden festhalten, so schwer es uns auch inwieweit von kurzfristigen Menschen gemacht wird. Aber darüber hinaus soll die Lösung lauten: Schließen wir uns als Deutsch-Canadianer unter uns selbst enger und fester zusammen, um unsere heiligsten Güter zu schützen, unsere Rechte zu behaupten und unsere Ehre gegen schändliche Anarachie zu verteidigen! Bedarf es überhaupt einer Ermüdung auf

die Anwürfe des Herrn LaBerge? Wir können und wollen nicht für alle Fremdborenen sprechen. Aber das eine steht fest, daß die Deutsch-Canadianer, die man ja auch zu den „foreign elements“ rechnet, mit gutem Gewissen gegen die Abenteuere des konföderativen LaBerge schärfstens protestieren können. Uns braucht kein Franzose und kein Engländer über die Gefährlichkeit und den Wahnsinn der bolschewistischen Ideen aufzuklären. Unsere deutsch-canadischen Zeitungen, allen voran „Der Courier“, informieren ihre Leser besser als manche führende englisch- oder französisch-canadische Blätter über die entlegenen Zustände im „Zowjetparadies“. Unsere vielen russlanddeutschen Freunde erhalten schauerhafte Nachrichten von ihren Angehörigen in Rußland. Unsere menschenwürdigen und sonstigen rußlanddeutschen Einwanderer, die nach dem Kriege zu uns kamen und die Schreden der bolschewistischen Revolution miterlebt haben, sind die besten Propagandisten gegen Kommunismus und Zenismus. Wir kennen die Todesdrangsal des Zowjetismus gegen das Christentum, so gegen jede Religion. Weil wir über all dies so ausgezeichnet informiert sind, weil wir davon überzeugt sind, daß der Bolschewismus das Ende jeder persönlichen Freiheit, des Gemeindefreieits wie der Eigentumsfreiheit, des ärztlichen Familienlebens und der geistlichen Stillschickung ist, darum bekämpfen wir alle Regungen, die auf eine Aufhebung des abstrahierenden Bolschewismus von Rußland abzielen. Wir sind die entschiedenen Gegner eines Aufstauslebens nach Lenin und Stalins Rezepten. Wir sind die entschiedenen Gegner eines Aufstauslebens nach Lenin und Stalins Rezepten. Wir sind die entschiedenen Gegner eines Aufstauslebens nach Lenin und Stalins Rezepten. Wir sind die entschiedenen Gegner eines Aufstauslebens nach Lenin und Stalins Rezepten.

Bösartige Brunnenvergiftung

In demselben Augenblick, wo die südslowake Regierung sich ansieht, langsam und vorsichtig wenigstens ein deutsches Volksglied aufzubauen — durchgeführt sind die „Reformen“ noch immer nicht — stellt Dr. Wolodarski, Ministerpräsident in der belarusschen „Browda“ Forderungen, die als bösartige Brunnenvergiftung bezeichnet werden müssen:

„Wir haben das göttliche Recht (!), von unsern Untertanen anderer Volksgemeinschaft die vollkommene Beherrschung der Staatssprache zu fordern. Ich schlage daher ein Gesetz vor, das von allen Angehörigen des Königreichs Südbelgien, ohne Unterschied des Geschlechts, des Glaubens und der Volksgemeinschaft, die Kenntnis der belarusschen Sprache in Wort und Schrift fordert. Ohne diese Kenntnis soll kein Mann nach Belien verschickbar sein, auch soll die Inkenntnis der belarusschen Sprache eine längere Militärstrafe nach sich ziehen haben und mit einer besonderen Steuer belegt werden.“

Es ist verständlich, daß diese unter gleichzeitigen heftigen Angriffen auf die reichsdeutsche Minderheitenpolitik vorgebrachten Forderungen unter den Deutschen in Südbelgien starke Erregung hervorgerufen haben, denn die „Browda“ ist das meistgelesene Abendblatt der „Samstags“. Man kann nur sagen, daß Dr. Wolodarski und die „Browda“ mit diesem Vorschlag Südbelgien selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen haben.

Ein schwerer Winter

In der „Auslandsdarte“, der Zeitschrift des Bundes der Auslandsdeutschen, B. (Berlin, 10. März 1931), schreibt Kurt Rosen u. a.:

„Der schwere Winter 1930/31 ist vorüber, ohne daß es zu dem vielfach befürchteten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gekommen wäre. Auch der letzte Termin, zu dem schwere Unruhen „angelegt“ waren, und zwar von kommunistischer Seite, der 25. Februar, wurde überstanden, ohne daß auch nur nennenswerte Demonstrationen erfolgt wären. Es liege unsern Lesern verzeihen, daß ich an diesem Tage noch eine große Anzahl ausländischer Pressevertreter in Deutschland eigens zu dem Zweck aufsuchte, um irgendwelche revolutionäre Akte — etwa kommunistischen Aufruhr, gefolgt und unterstützt von rechtsradikalen Partisen — persönlich mitzuerleben.“

„Der bei dieser Gelegenheit und auch sonst in den letzten Wochen mit Ausländern, die hier zu Besuch waren, in Berührung kam, dem wurde unvorhersehbar die größte Bewunderung über die Art und Weise zum Ausdruck gebracht, wie Deutschland, und insbesondere die deutsche Regierung, sich durch diesen schweren Winter durchgeschlagen hat. Auch viel Lob über die Andurigkeit wurde laut, die den Mut nicht verlor, viel Anerkennung für die Beamtenschaft, die den Gehaltsabbau ertrug, und Lob für die Haltung der Gewerkschaften, die die Hilfe des Lohnabbaus durchführten. Sturz, man erkennt allgemein, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, den ersten Willen Deutschlands zur Sanierung sowie die Erfolge dieser Bemühungen an. Man wird dies um so eher verstehen, als wieder die Regierung der Vereinigten Staaten nach der englischen Regierung es bisher vermocht haben, der Schwierigkeiten in ihren eigenen Staatshalten Herr zu werden. Das englische Defizit beläuft sich auf 35 Millionen Pfund Sterling, oder 700 Millionen Reichsmark, und Hoover führt Leistung für einige 100 Millionen Dollar.“

„Aber übersteht das Ausland, auch sonst es uns wohlgeht, ist heute gemeint, daß die Tatsache, daß trotz aller großen Umwälzungsmaßnahmen die deutsche Gesamtsituation sich in einer Situation befindet, die unerschütterlich ist, und die Herzen des deutschen Volkes zu zerschlagen droht, 5 Millionen Deutschen sind in den beiden letzten Monaten des Winters arbeitslos gewesen und die Beförderung der Lage wird zweifellos nur langsame Fortschritte machen können, wenn hinsichtlich der Weltwirtschaftliche keine Änderungen eintreten. Aber gerade auf diesem Gebiet sind die Ausländer zunächst nicht ruhig. Denn die Weltwirtschaftliche Krise sieht in engster Verknüpfung mit dem

Reparations- und Schuldenproblem, und solange diese Fragen nicht energig angepaßt werden, ist eine durchgreifende und dauernde Besserung, die es den Völkern der Welt ermöglicht, die gewaltigen schon ausgeschlossenen und noch aufzuschließenden Produktivkräfte zur höchsten Entfaltung zu bringen, nicht zu erwarten.“

Tschechische Volkszählungsmethoden

Bei der jüngsten Volkszählung in der Tschechoslowakei sollte auch die Rationalität der Staatsangehörigen festgesetzt werden. Den Tschechen lag natürlich nichts daran, daß die wahre Zahl der deutschen und ungarischen Staatsbürger bekannt wurde. Man wandte daher alles auf, die Deutschen und Ungarn zu veranlassen, sich als Tschechen oder Slowaken zu bezeichnen, und griff auch zu dem Mittel falscher Eintragung, wo Uebereidung und Trug ergebnislos blieben. Die Zähler wurden angewiesen, wo es irgend ging, das Nationalitätsbekenntnis der Ungarn und Deutschen „abzuwe-

Weltumschau

Verhaftung von Siebenzig Kommunisten und 70 Abgeordneten Nationalsozialisten des deutschen Reichstags verlor ihre parlamentarische Immunität, als der Reichstag ihr Verbot ausließ. Als Folge davon mußte der Nationalsozialist Ludwig Buchenberger, ein früherer Reichstag und späterer Reichstag, eine Gefängnisstrafe von 16 Wochen abtun, zu welcher er vor einigen Wochen verurteilt wurde. Der Reichstag genehmigte auch, wenn nötig, die Verhaftung von Paul Josef Schoberl, der rechten Hand Hillers, um kein Ereignis vor dem Richter auf die Verhaftung, Regierungsmittel der beschimpft zu haben, über zu stellen.

Es wurde ferner eine sozialistische Vorlage angenommen, durch die das Finanzministerium dahin abgeändert werden soll, daß von der Steuer verbote Filme in goldschmelz Privatgesellschaften gezeigt werden können.

Ein Antrag der Kommunisten, dem Reichsfinanzminister Dietrich ein Mißtrauensvotum zu erteilen, wurde abgelehnt. Der Reichstag nahm eine sozialistische Vorlage an, durch die die Steuerzufolge auf Einkommen über \$5000 von 5 auf 10 Prozent verdoppelt werden. Die dafür abgegebene Stimmen setzten sich aus den Sozialisten, Kommunisten, der Panischen Volkspartei und einigen Zentrumsleuten zusammen.

Die Panerona-Kommunisten Die Delegierten der Panerona-Kommunisten, die Kritische Priand's Plan für die Ver. Staaten von Europa ändern, machten sich in Paris an die Vorbereitung der Tagesordnung der im Mai in Genf stattfindenden Konferenz, Trotski in Paris der geplante deutsch-österreichische Volksverein die politische Atmosphäre beherrschte, wurde in der Sitzung nicht über die Angelegenheit gelangt. Die Kommunisten beschloß u. a. die Einziehung Sowjetrußlands zur Beratung aller Wirtschaftsprobleme. Auf Antrag des polnischen Außenministers wurde auch Danzig auf der ersten Grundfrage zugelassen. Der deutsche Delegat unterstützte den Antrag, womit Deutschland und Polen in einer die Freie Stadt Danzig betreffenden Angelegenheit zum ersten Male seit Jahren einig waren.

Anfangs Beteiligung wird sich nicht nur auf das Problem der wirtschaftlichen Besserung beschränken, sondern die Sowjetdelegation werden auch an der Beratung des Problems des Schmelzüberflusses in Europa und der Frage der landwirtschaftlichen Kredite teilnehmen, die alle im Mai zur Sprache kommen werden.

Die Sitzung wurde von Kritische Priand in dem berühmten Atrium am Esai d'Orsay eröffnet. Der französische Außenminister berandete jede Bezugnahme auf den deutsch-österreichischen Zollpakt und ging sofort zur Tagesordnung über. Er warnte die Delegaten vor zwei Gefahren, die vermieden werden müßten: Der Ausbruch des Europankriegs dürfte nicht zu erregung anregen, und gütigeres dürfte man die Erregung, deren Lebensdauer noch nicht voraussehen ist, auch nicht zu erregung anregen. Der liberale Welke, in Frage zu behalten, daß der Plan sich im Rahmen des Völkerbundes halten müsse.

Die Kommission beschloß, Belgien, Norwegen und Island hinzuzugeben, hauptsächlich wegen der großen hydroelektrischen Projekte, die diese Länder für Europa planen.

Belgien beantragte gleiche Behandlung von Ausländern und ferner einen Artikel für die Zustimmen, der alle Länder Europas verpflichten soll, geplante Zollherabsetzungen den anderen Nationen vorher mitzuteilen.

Nach der Sitzung entließ lebhaft Diskussion über Priand's Bemerkung, daß es unmöglich ist, die Lebensdauer des europäischen Bundes voranzutreiben. Einige Delegaten wollten darin eine Anspielung auf das deutsch-österreichische Zollabkommen sehen.

Arthur Henderson, der britische Außenminister, hatte eine Verpredung mit Priand über das deutsch-österreichische Zollabkommen und seine später mit dem französischen Außenminister in der britischen Volschaft. Auch August Jaleski, der polnische Außenminister, wird mit Henderson zusammenkommen, und wahrscheinlich das gleiche Thema besprechen. Es heißt, daß der britische Minister dann mit Sadoverständigen darüber beraten wird, ob der deutsch-österreichische Vertrag bestehende Verträge perlet.

Gegen Rückgabe Der belgische Außenminister von Cunen und Paul Simons erob in belgischen Senat einen scharfen Protest gegen die kirchliche Abkündigung in deutschen Reichstag, in der die Regierung aufgefordert wurde, jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Wiedererwerblichkeit der Distrikte Cunen und Walmedo in das deutsche Reich zu erlangen. Diese Abkündigung habe das belgische Volk erregt. Der Minister wies dann darauf hin, daß Deutschland und Belgien, Frankreich, England und Italien einen Abwehrvertrag abgeschlossen haben, in dem sich Deutschland freiwillig verpflichtet, den belgischen Inland anzugewinnen. Er sagte noch hinzu, daß die belgische Regierung keineswegs beabsichtigt, sich in irgend eine Verhandlung über die belgischen Grenzen oder belgische Gebiet einzulassen.

feln“ und die ihm richtiger dienende Nationalität zu buchen. Dies muß wohl beachtet werden, wenn man die Ergebnisse der Volkszählung bei ihrem späteren Erscheinen richtig bewerten will.

Uberglaube an einen deutschen Frühling

Wohl hat es Völker gegeben, die durch inneren Zerfall dem Untergang geweiht waren. Aber ein Volk, das überdauert hat, was wir erleben mußten, und noch immer lebt, was wir erleben mußten, noch immer erfindet, noch immer liest und lehnt — dessen Todesstunde kann noch nicht geschlagen haben. Nur wer sich selbst aufgibt, geht zu Grunde. Darum müssen wir uns den Dieralauen erhalten an einen neuen deutschen Frühling. Er wird kommen! Danken wir aber dem großen Schöpfer für die toten Jahre, darinnen wir noch dunkel liegen. Sie sollen uns die Augen öffnen, uns stärken und erziehen, dann wird auch unser Dieren einmal umso leuchtender sein.

Georg von Luitpoda.

Die Handelsflotte der Welt Die amerikanische war unter den Handelsflotten der Hauptländer der Welt, welche Kaufahrtsschiffe trieben, die einzige, welche im Jahre 1930, sowohl was die Anzahl der Schiffe, als auch was ihre Tonnage betrifft, zurückgegangen ist. Laut Ziffern der Schiffsregisterbehörde betrug die Einbuße 71 Schiffe und 249,918 Tonnen Tonnage. Die Behörde erklärt die Minderung damit, daß die Bundesregierung so viele Handelschiffe verkauft oder zum alten Eisen geworfen hat; denn die amerikanischen Privat-Neuerungen erlangten im vergangenen Jahre einen Nettogewinn von 27 Schiffen und 241,150 Tonnen Tonnage.

Unter den anderen Ländern hatte im Jahre 1930 Norwegen die größte Vermehrung seines Handelsflottenbestandes zu verzeichnen — um 93 Schiffe und 633,344 Tonnen Tonnage. Großbritannien hielt aber noch immer an der Spitze der Kaufahrt treibenden Länder, mit 3050 Schiffen und 18,220,830 Tonnen Tonnage. Den zweiten Platz behauptete die Ver. Staaten mit 1925 Schiffen und 9,276,190 Tonnen Tonnage. Den dritten, vierten und fünften Platz machen sich Deutschland, Japan und Norwegen gegenseitig streitig. An Tonnage steht Deutschland an dritter, aber was Schiffszahl betrifft, an fünfter Stelle, ein Beweis dafür, daß es manches große Schiff gebaut hat. Japan steht bezüglich seiner Tonnage an vierter, aber bezüglich der Zahl seiner Handelschiffe an dritter Stelle; Norwegen, was Tonnage anbetrifft, erit an sechster, aber was Schiffszahl anbetrifft, an vierter Stelle.

Nach Norwegen waren Großbritannien, Holland und Deutschland die Länder, welche im Jahre 1930 die größte Mehrung ihres Schiffbestandes zu verzeichnen hatten. Die gesamte Handelsflotte der Welt erhielt im Jahre 1930 einen Zuwachs von 220 Schiffen und 1,732,452 Tonnen Tonnage.

Italien und die Faschisten In Verbindung mit dem 12. März Faschismus. Geburtstag der Faschistenbewegung erklärte Diktator Mussolini, daß die „gemeine bolschewistische Organisation“ in Italien damals zerstört worden sei. „Was sich seit 1919 ereignete, und was hergehenden Veränderungen im Leben des italienischen Volkes durch die Faschisten verursacht wurden, kam mit einem Blick übersehen werden“, sagte Mussolini. „Aber die Arbeit ist bei weitem noch nicht vollendet, da sie uns täglich neue Pflichten auferlegt.“

Am 23. März 1931 trafen die 105 Gründer der ersten faschistischen Smporgantisation, im Piro der „Popolo d'Italia“, der Zeitung Mussolinis, zusammen, um den Grundstein für die eigentliche faschistische Bewegung zu legen.

Der Gründungsstag wurde vom ganzen Volk gefeiert. Überall wurden durch Redner die Taten des Faschistenregimes gepriesen. Von allen Regierungsabteilungen und von Banken, Piro, Hotels, Restaurants und Privattheatern blühten bunte Flaggen. Die Straßenbänder in Rom waren bunt verziert, und von morgens bis abends kounte der Marschschritt der Faschistenbattalione gehört werden.

Die erste faschistische Versammlung fand in kritischen Zeiten statt, als viel von der „roten Gefahr“ und den Drohungen mit einer kommunistischen Revolution die Rede war. Anfanglich verholten die Faschisten das Ziel, Italien auf der freiwilligen Aufgabe der Früchte des Weltkrieges durch einen Bürgerkrieg zu verhandeln. In jenen Jahre gehörte der Bewegung nur rund 900 Mitglieder an, die nur von wenigen erst genommen wurden. Heute sind 1,500,000 Italiener eingeschriebene Mitglieder der Partei, wozu noch die Mitglieder der verschiedenen angeschlossenen faschistischen Gruppen und Körperchaften kommen.

Wieder Verfassungsgesetze in Spanien In Spanien wurden sieben verfassungsgesetzliche der verfassungsmäßigen Garantien in Kraft gelebt nachdem am den 12. April die Madrider Gemeindevahlen festgelegt worden waren. Provinz und Nationalparlament sollen später folgen.

Sowohl gegenwärtig eine feunationale Verhandlung gegen eine Anzahl republikanischer Revolutionäre im Gange ist, erwartete die Anführung der Bolsche eine andere Aufnahme, als sie vor einigen Monaten der Ausdehnung von Parlamenten jenseit wurde. Damals wurden aus allen Teilen der Nation Proteste gegen die Verfassung und gegen die Pläne der Regierung laut. Staats Affairs sieht jedoch insofern jetzt besser da, als es eine flüchtige Krise durch die Unterbrechung eines aufeinander ziemlich starken monarchistischen Kabinetts bedingten konnte.

Durch den neuesten Erlass des Königs wurden sämtliche konstitutionelle Rechte wiederhergestellt, die jetzt aufgehoben und politische Verfassungen gestiftet. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß die Jüngstgewählte der einzelnen Staaten aufgeführt wurden, in ihren Provinzen Wahlen auszuführen.

Das Kabinet des Admirals Juan V. Agnar hat die Absicht, bald Provinzparlamente abzuschaffen und nachher Wahlen zum nationalen Parlament in die Wege zu setzen, um damit die verfassungsmäßige Regierung in Spanien wiederherzustellen. Seit sieben Jahren steht Spanien unter Diktatur.

Faschistisches Regiment in der Türkei. Nach in aller Stille von Dorf zu Dorf durchgeführten monatelangen Unterdrückungen über das „was der Türkei notat“, erhielt Präsident Mustafa Kemal Reisa ein Manifest, worin er die Reorganisation der türkischen Regierung auf faschistischer Grundlage ankündigte. Seine Volkspartei hat sich Einfluss auf alle 257 Zentren der „Türkischen Heimatsvereinigung“, einer mächtigen kulturellen Organisation von 32,000 Mitgliedern, verschafft. Unter Benutzung der noch Mussolinis Vorbild faschistischen Jugendbünde wird die Volkspartei in diesen Zentren die Jugend der Nation zusammenfassen, von der viele schon der kurzlebigen Oppositionspartei von Fethi Bey angehört. Andere, besonders die Universitätsstudenten von Stambul, weigten dem Kommunismus zu.

Das Manifest des Präsidenten, in dem er den Schritt erklärt, lautet: „Die Zeit kommt im Leben einer jeden Nation, wo sie alle materiellen und geistigen Kräfte sammeln muß, um inneren und äußeren Gefahren trotzen zu können. Die Zeit ist jetzt auch für die Türkei da. Daher halte ich es für notwendig, die türkischen Heimatsbünde mit der Revolutionspartei zu verschmelzen, um dadurch die nationale Vereinigung zu verwirklichen, die allein die Errungenschaften der Revolution an Leben erhalten kann.“

Mafawsh in fibrirter Verbannung Die Hohen und Mächtigen in Sowjetrußland von heute können vielleicht morgen schon auf „Avangardland“ in den eisfarrenden Regionen der Arktis fort oder werden in den von Eisbergen durchdrungenen Stetten des Urals um ihr Leben kämpfen müssen. Da ist zum Beispiel Christian Mafawsh, der vor nicht langer Zeit Sowjetbürger in Berlin war. Einige amerikanische Ingenieure, die von der Sowjet-Gruppen Treuhändergesellschaft in Sibirien Erschürungen vornahmen, hatten einen Dolmetscher nötig, aber es war ein trotteliges Kind und es schien unmöglich, irgendjemand zu finden, der englisch sprach. Der Sowjetbeamte, der an der Spitze der Ingenieurgewand stand, sagte: „Selbstverständlich kann ich Ihnen einen Dolmetscher besorgen.“ So tat er. Der neue Dolmetscher war in jeder Beziehung ausgezeichnet. Er sprach fließend Englisch, Deutsch und Französisch und einer der Amerikaner fragte ihn: „Wie kommt es, daß ein Mann von Ihrer Intelligenz sich in dieser abgelegenen Gegend aufhält? Was hatten Sie früher für einen Beruf?“ — „Oh“, meinte der Dolmetscher mit einem erzwungenen Lächeln, „ich war vorher Volschaffer in Deutschland.“ — Es war Mafawsh, wahrheitsgemäß einer der gemäßigtesten Sowjetdiplomaten. Er war verbannt worden, weil er sich weigerte, von den durch den verbannten Trotski festgelegten Richtlinien abzugehen. Nachforschungen über Mafawsh brachten die vorrichtige Antwort, daß er „damals irgendwo im Ami Dittsch“ wäre. Die Sowjetagenten geben über ihre verbannten Volschaffer der Auslandspresse nur ungenau Auskunft.

Indische Trauer für Sinderichte Alle national gefühlten Hindus waren in Trauer wegen der Hinrichtung des Bhagat Singh und der beiden anderen Hindus, welche wegen der Ermordung eines britischen Polizeikommissars und wegen eines Bombenwurfs in New Delhi hingerichtet worden waren. Verbündigt und in weißen Gewändern veranulaltet, die Hindus in allen Städten und Dörfern Umzüge mit schwarz bestickten Trauerfahnen. Auf dem Gebäude des Allindian-Kongresses bezugnahmen, und Gebete für ihre am Galgen aufgehängten drei Stammesgenossen verrichteten, machte die Situation bedenklich.

Man erzählt, daß der Vizekönig den Bhagat Singh zu lebenslänglicher Verbannung begnadigen wollte, daß ihm aber hohe britische Beamte mit einem Kolonnenrücken drohten, wenn das geschehen sollte, und daß er daher den Hinrichtungen ihren Lauf ließ.

Exporträmien für Weizen in den Ver. Staaten? Die Ankündigung der U. S. Farmbehörde, daß sie eine Preisstabilisierungs-Anfaufe einleiten werden, hat die Frage, was mit den überflüssigen Exporträmien geschehen soll, aufs neue in drastischer Form auf den Tisch gebracht. Der Export-Rämienplan und der Sozialplan, Ausgleichsgebühren einzuführen, sind plötzlich wieder in den Vordergrund gerückt. Senator McHenry von Oregon, von dem die ursprüngliche, aber verbotene Bill mit den Ausgleichsgebühren herührt, fand sich im Bureau der Farmbehörde ein und befragte sich dort des längeren über die Situation.

Die Ankündigung, daß keine weiteren Stabilisierungs-Anfaufe gemacht werden, bezieht sich schon auf die heutige Weizenperiode. Einzig der Umstand, daß die Behörde nicht mit ihren Weizenvorräten aufräumen kann, war für den Einfluß, die Anfaufe einzuführen, maßgebend. Die Behörde wird zu Anfang Juli, wenn der erste neue Weizen geerntet wird, etwa 250,000,000 Bushel an Sand haben. Bis zum nächsten Jahre würden nochmal so viel an Sand sein, wenn die bisherigen Anfaufe fortgesetzt werden würden.

Senator Borah erließ eine Erklärung, daß der Stabilisierungsplan notwendigerweise eingestellt werden mußte, weil er Unheil heraufbeschwören würde. Hierzu bemerkte er, daß geringste, was die Regierung jetzt tun könne, sei, eine hinbernde Aufsicherung zu erlassen, daß sie nur den angebotenen Weizen kaufen auf den Markt bringen wird, bis der Weltpreis für Weizen mindestens \$1.50 beträgt. Über als daß solcher Weizen nicht losgeschlagen wird, sagte Senator Borah, sollte man ihn mahlen lassen und das Mehl nach China schicken.

Senator McHenry ist dafür, daß der Regierungswesen auf Lager belassen wird, bis sich wieder eine Möglichkeit bietet, ihn zu angemessenen Preisen loszuschlagen. Die Lagerungsgebühren pro Bushel betragen etwa 18 Cents pro Jahr. Mit großer Bestimmtheit wird erklärt, daß der aufgeschubte Weizen durch die Lagerung keine Qualitätsverbesserung erlitten hat.

Senator McHenry ist dafür, daß der Regierungswesen auf Lager belassen wird, bis sich wieder eine Möglichkeit bietet, ihn zu angemessenen Preisen loszuschlagen. Die Lagerungsgebühren pro Bushel betragen etwa 18 Cents pro Jahr. Mit großer Bestimmtheit wird erklärt, daß der aufgeschubte Weizen durch die Lagerung keine Qualitätsverbesserung erlitten hat.